

Felbermayr, Gabriel; Gröschl, Jasmin

Article

Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Felbermayr, Gabriel; Gröschl, Jasmin (2017) : Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 70, Iss. 02, pp. 39-50

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165867>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Handel zwischen der EU und Russland ist derzeit durch Sanktionen des Westens gegen Russland und gegenseitige Embargo-Maßnahmen schwer belastet, ohne dass eine sichtbare Veränderung der geostrategischen Ausrichtung Russlands erreicht wurde. Vielleicht erfordert ein Interessensausgleich weniger Strafmaßnahmen, sondern eher die Perspektive auf vertiefte wirtschaftliche Kooperation. Sowohl die EU als auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sollten großes Interesse an einer Freihandelszone »von Lissabon bis Wladiwostok« haben, weil die Strukturen ihrer komparativen Vorteile stark komplementär zueinander sind. Für Russland könnte ein tiefgreifendes Abkommen zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft einen Zuwachs der realen Pro-Kopf-Einkommen um 3% bringen; für Deutschland um 0,2%. Das bedeutet ein Einkommenszuwachs von 235 Euro pro Kopf und Jahr für Russland und 91 Euro für Deutschland.

Als Wladimir Putin am 26. November 2010 zu einem Gipfeltreffen nach Berlin kam, ging es unter anderem um den Freihandel. Zum einen spielte die Frage eine Rolle, wann, nach nunmehr 17 Jahre andauernden Verhandlungen, Russland endlich der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten würde. Zum anderen musste sich die deutsche Kanzlerin zu dem Vorschlag Putins äußern, eine gemeinsame Freihandelszone mit der EU »von Lissabon bis nach Wladiwostok« zu errichten. Schon Helmut Kohl und Michail Gorbatschow hatten 1989 von einem »gemeinsamen Haus Europa« gesprochen, das auch eine enge wirtschaftliche Kooperation umfassen sollte.

Der Beitritt zur WTO erfolgte schließlich im August 2012; die Idee der Freihandelszone wurde in Berlin aber eher zurückhaltend aufgenommen. Die Kanzlerin bezeichnete sie als eine »Zukunftsvision« und sagte »Europa und Russland sind strategische Partner, die sicherlich ihr Potenzial der Kooperation längst noch nicht ausgeschöpft haben«. Konkrete Schritte blieben aber aus; und spätestens seit der Eskalation des Streites um ein Freihandels- und Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine im November 2013 ist offensichtlich, welche strategischen Gegensätze zwischen der EU und Russland auch in der Handelspolitik existieren.

Der Vorschlag, mit Russland wirtschaftlich enger zu kooperieren, um Anreize zu einer friedlichen Beilegung des Ukraine-Konflikts zu schaffen, wird immer wieder diskutiert. So äußerte sich Bundeskanzlerin Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2015: »Es wäre wünschenswert, auf der Basis des Minsker Abkommens erst einmal eine gewisse Stabilität herzustellen und dann in einem größeren Rahmen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Union zu überlegen, welche Kooperationsmöglichkeiten haben wir in einem Wirtschaftsraum, der ja selbst von Präsident Putin benannt wurde, von Wladiwostok bis Lissabon, zu kooperieren. Das muss ja unser Ziel sein.«

Seither ist es um das Thema wieder stiller geworden. Die Frage der Beziehungen zu Russland wurden von anderen Themen überlagert: der Flüchtlingskrise, des Brexit oder der zukünftigen Wirtschaftspolitik der USA. Doch der ökonomische Integrationsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion schreitet weiter voran. Mittlerweile hat die am 1. Januar 2015 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) fünf Mitglieder: Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Weißrussland. Tadschikistan bereitet sich auf einen Beitritt vor. Die EAWU ist aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft – einer Zollunion – hervorgegangen und hat das Ziel, einen Binnenmarkt nach Vorbild der EU zu erreichen.

Paradoxerweise könnte jedoch die Wahl des freihandelskritischen Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA zu der Belebung der Idee einer Vereinbarung zwi-

* Der Artikel fasst eine umfangreichere Studie, die das ifo Institut im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat, zusammen (Felbermayr, Aichele und Gröschl 2016). Sie ist unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/freihandel-von-lissabon-bis-wladiwostok/> verfügbar.

schen der EU und der EAWU führen. Einerseits scheint ein transatlantischer Handelsvertrag zwischen der EU und den USA nun in weite Ferne gerückt, was in der EU Verhandlungskapazitäten schafft. Andererseits setzt Trump auf eine Entspannung mit Russland, so dass eine langsame Rückkehr zu normalen Verhältnissen zwischen Ost und West wahrscheinlicher wird. Zieht sich Trump noch dazu militärisch aus Europa zurück, wird eine Verständigung mit Russland für die EU umso wichtiger, da das Aufrechterhalten eines Konfrontationskurses hohe zusätzliche Rüstungskosten nach sich ziehen würde. Noch zeigen sich diese Überlegungen nicht im Handeln der EU. Gerade erst haben die EU-Staaten die Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis Juni 2017 verlängert.

Ähnlich wie die EU schließt die EAWU Handelsabkommen mit Drittstaaten ab und wird dabei durch eine Kommission vertreten. So existiert bereits ein Abkommen mit Vietnam. Bestehende bilaterale Abkommen, wie z.B. jenes Russlands mit Serbien, müssten in Abkommen der EAWU überführt werden. Theoretisch können Mitglieder der EAWU, ähnlich wie einzelne EU-Mitgliedstaaten, keine separaten Abkommen mit Drittstaaten schließen. Und Länder wie Armenien oder die Ukraine können nicht gleichzeitig EAWU-Mitglieder sein und Assoziierungsabkommen mit der EU unterhalten. In diesem Spannungsfeld hat sich Armenien für die EAWU, die Ukraine aber für die EU entschieden.

Die EAWU ist also Realität, auch wenn die institutionelle Ausgestaltung noch viele Fragen aufwirft, ein zentrales Mitglied – Weißrussland – ist noch nicht einmal Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und die Machtverhältnisse innerhalb der Union sind aufgrund der Dominanz Russlands hochgradig asymmetrisch.

Für die EU könnte ein Handelsabkommen mit der EAWU erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen. Schließlich ist die Wirtschaftsstruktur Russlands mit ihrer Ausrichtung auf Rohstoffe und Grundstoffindustrien komplementär zu jener in der EU. Die Widerstände sind jedoch weiterhin groß. Solange der Ukraine-Konflikt nicht bereinigt ist, ist ein Freihandelsabkommen kaum vorstellbar. Gleichwohl könnte ein solcher Pakt aber ein integraler Bestandteil einer neuen strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland sein, in deren Rahmen auch die militärischen Konflikte ausgeräumt werden könnten. Möglicherweise stehen die Chancen auf eine solche Annäherung mit Russland heute besser als in den letzten Jahren: Der neue amerikanische Präsident Donald Trump scheint das Verhältnis mit Russland auf eine neue pragmatische Basis stellen zu wollen, und Großbritannien – ein dezidiertes Gegner Russlands – ist auf dem Weg, die EU zu verlassen.

Bisher gab es keine Quantifizierung der ökonomischen Effekte einer Freihandelszone zwischen der EU und der EAWU unter Einbindung weiterer Länder, mit denen sowohl Russ-

land als auch die EU Freihandelsabkommen unterhalten (allen voran die Ukraine).¹ Das ifo Institut hat im Frühjahr 2016 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstmals eine Abschätzung der Handels- und Einkommenseffekte eines solchen Vertrages vorgenommen. Hier werden die zentralen Ergebnisse vorgestellt.

Ausgangslage

Die Sowjetunion war ein integrierter Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung, einem Binnenmarkt und einer einheitlichen Außenhandelspolitik. Die industriellen Wertschöpfungsketten umfassten mehrere Sowjetrepubliken, in der Regel Russland, die Ukraine und Weißrussland. Das Entstehen von unabhängigen Staaten gefährdete dieses System. Daher wurde schon bald nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion ein Freihandelsabkommen zwischen den ehemaligen Teilstaaten (ohne die baltischen Republiken) geschlossen, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Ein Problem waren allerdings umständliche Ursprungsregeln, deren Einhaltung kostspielig war und die Rechtsunsicherheiten mit sich brachten. Daher schlossen sich einige Mitglieder im Jahr 1997 zu einer Zollunion zusammen. Später, im Jahr 2012, wurden die Beziehungen dieser Zollunion mit den anderen Ländern in einem erweiterten Freihandelsabkommen vertieft. Im Jahr 2015 schließlich nahm die EAWU ihre Arbeit auf. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Abkommen und ihre Mitglieder. Es zeigt sich also: Der postsowjetische Raum ist ökonomisch fragmentiert und durch eine Vielzahl von überlappenden Abkommen gekennzeichnet.

Ein weiteres bisheriges Charakteristikum der Handelspolitik der ehemaligen Sowjetrepubliken war die Abwesenheit einer aktiven Agenda. So hat Russland außerhalb der GUS nur mit Serbien ein bei der WTO notifiziertes Abkommen. Verhandlungen mit der EFTA (Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz) und Neuseeland wurden im Rahmen der Ukraine-Krise auf Eis gelegt.

Russland als zentraler Spieler der EAWU ist also handelspolitisch international isoliert und hat kaum andere Optionen, als mit Ländern, die außerhalb des Einflusskreises der USA und der EU liegen, Handelsabkommen zu schließen. Die EAWU versucht, Abkommen mit Drittstaaten abzuschließen. Über diese Aktivitäten herrscht allerdings wenig Transparenz. So soll, neben dem Abkommen mit Vietnam, mit China verhandelt werden und – Presseberichten zufolge – auch mit Iran, Indien und der Türkei.

Die relative wirtschaftliche Stärke Russlands sinkt. Während das Land im Jahr 2015 noch ca. 3,8% der globalen Wirt-

¹ Vor ca. 20 Jahren analysierten Brenton et al. (1997) die Handelseffekte eines Freihandelsabkommens der EU 15 mit Russland.

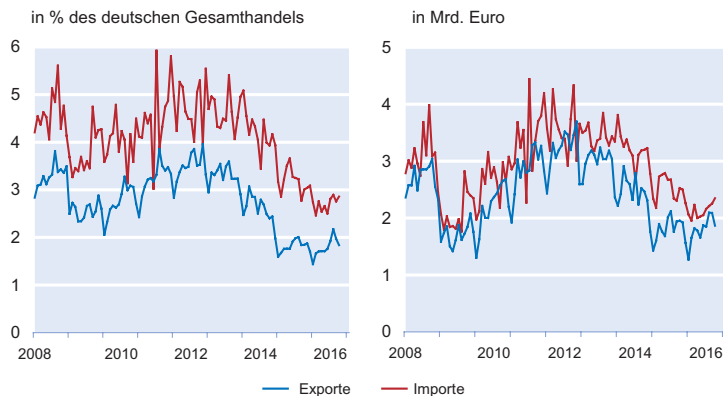
Tab. 1
Handelsabkommen im Raum der ehemaligen Sowjetunion

| Abkommen | GUS | GIS-FHA | EAWG | EAWU |
|-------------------|------|---------|------|----------|
| Gründungsjahr | 1994 | 2012 | 1997 | 2015 |
| Art des Abkommens | FHA | FHA | ZU | ZU + WIA |
| Mitglied: | | | | |
| Armenien | X | X | | X |
| Aserbaidschan | X | | | |
| Weißrussland | X | X | X | X |
| Georgien | X | | | |
| Kasachstan | X | X | X | X |
| Kirgisistan | X | X | | X |
| Moldawien | X | X | | |
| Russland | X | X | X | X |
| Tadschikistan | X | X | X | |
| Turkmenistan | X | | | |
| Ukraine | X | X | | |
| Usbekistan | X | | | |

Hinweise: GUS: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, FHA: Freihandelsabkommen, ZU: Zollunion, WIA: Wirtschaftliches Integrationsabkommen, EAWG: Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAEC).

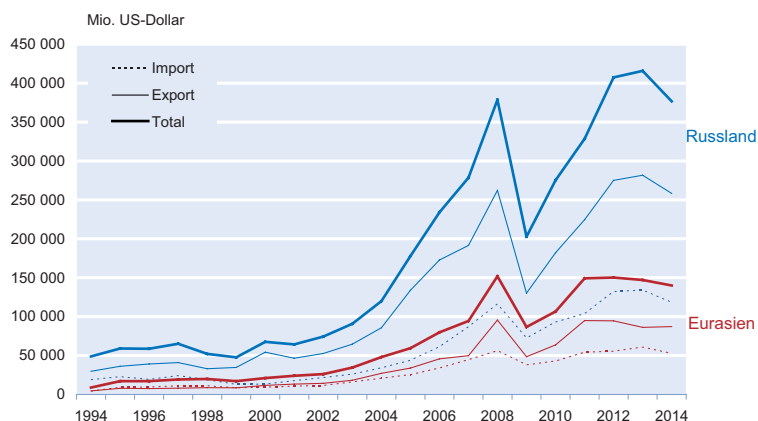
Quelle: WTO.

Abb. 1
Deutscher Russlandhandel: Januar 2008 bis Oktober 2016



Quelle: Destatis; Darstellung des ifo Instituts.

Abb. 2
Handelsvolumen Europas mit Eurasien und Russland



Quelle: IWF DoTS; Darstellung des ifo Instituts.

schaftsleistung erbrachte, wird sich dieser Anteil bis 2016 nach unseren Prognosen aufgrund der demographischen Entwicklung und in Folge von Aufholprozessen in anderen aufstrebenden Volkswirtschaften auf 2,6% verringern. Russland sollte also dringend am Abschluss von Handelsabkommen interessiert sein, denn seine Verhandlungsmacht – die Größe des eigenen Binnenmarktes – wird in Zukunft weniger groß sein.

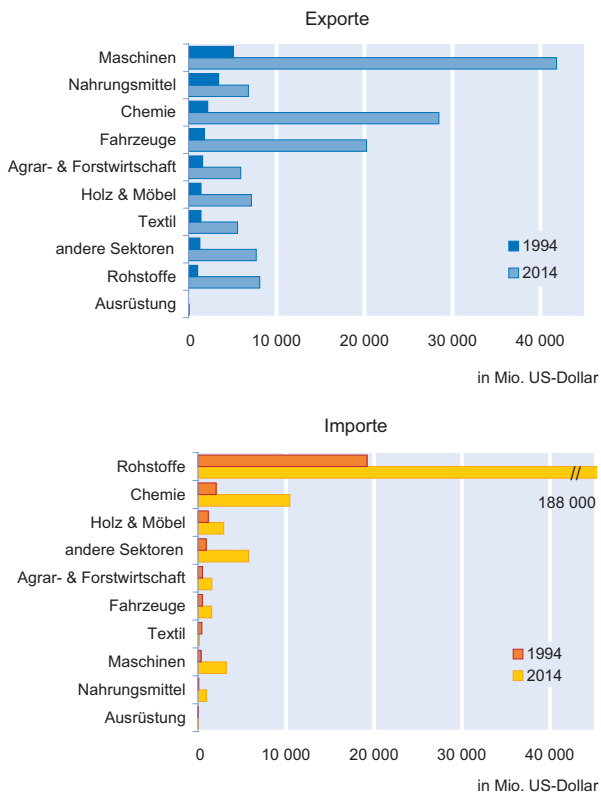
EU-Osthandel: Status quo

Der Handel der EU mit dem ehemaligen sowjetischen Raum hat sich in den ersten zehn Jahren nach dem Ende des Kommunismus nur sehr verhalten entwickelt. Dies war vor allem den Anpassungsschwierigkeiten von der Plan- zur Marktwirtschaft geschuldet. Mit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich der Handel allerdings sehr dynamisch entwickelt: Der Gesamthandel mit Russland hat sich von etwas über 60 Mrd. Euro auf fast 380 Mrd. im Jahr 2008 in etwa versechsfacht. Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise von 2009 führte zu einem Einbruch. Erst 2012 erreichte der Handel wieder das Vorkrisenniveau. Im Zuge der Ukraine-Krise kam es, wie hinlänglich bekannt, zu Sanktionen des Westens gegenüber Russland und zu einem Embargo Russlands gegen die EU; dies hat zu einem Einbruch des Handels geführt. Wichtiger als die handelspolitischen Maßnahmen war aber der starke Einbruch der Weltmarktpreise für wichtige Rohstoffe (allen voran für Öl). Die dadurch verursachte Rezession in Russland hat den Handel ebenfalls beeinträchtigt.

Der Gesamthandel mit den anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist vergleichsweise stabil; allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau (ca. 1/3 des Russlandhandels).

Die Exporte von Gütern der EU nach Russland beliefen sich im Jahr 2014 auf ungefähr 140 Mrd. US-Dollar, während die Importe 258 Mrd. US-Dollar betragen. Die EU hat also ein erhebliches Handelsbilanzdefizit mit Russland. Im Vergleich dazu ist der Handel mit den anderen eurasischen Ländern deutlich geringer: Exporten von 87 Mrd. US-Dollar stehen Importe von 53 Mrd. US-Dollar

Abb. 3
Sektorale Struktur des Handels der EU mit Russland, 1994 und 2014



Quelle: UN, COMITRADE/CEPII, BACI; Darstellung des ifo Instituts.

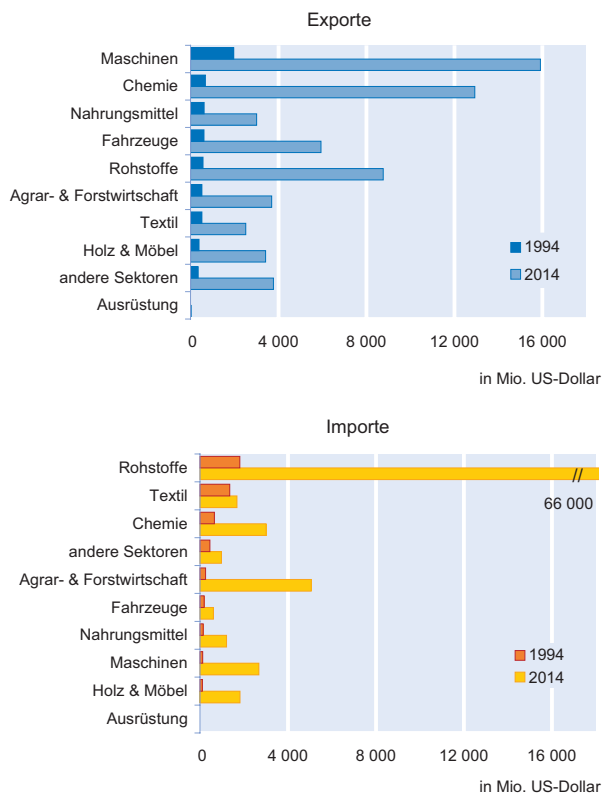
gegenüber (vgl. Abb. 2). Mit dieser Ländergruppe hat die EU einen Handelsbilanzüberschuss.

Der Handel der EU mit Russland ist bezüglich der Importe stark auf Rohstoffe konzentriert (vgl. Abb. 3). Im Jahr 2014 betragen die Importe von natürlichen Ressourcen (vor allem Mineralöl, Gas, Metalle) ca. 188 Mrd. Euro; die Importe in diesem Bereich haben sich seit 1994 fast verzehnfacht. Dagegen fielen Importe im Chemiebereich (ca. 10 Mrd. US-Dollar) oder von Maschinen (ca. 3 Mrd. US-Dollar) sehr bescheiden aus.

Auf der Exportseite ist der Handel mit Russland hingegen diversifiziert. Es dominieren Maschinen (ca. 42 Mrd. US-Dollar) und Chemieprodukte (ca. 28 Mrd. US-Dollar). Fahrzeugexporte kommen auf etwa 20 Mrd. US-Dollar. Europa exportiert aber auch Lebensmittel nach Russland (ca. 7 Mrd. US-Dollar), allerdings in einem relativ geringen Ausmaß. Insgesamt ist die Handelsbilanz der EU mit Russland stark negativ.

Die Struktur des europäischen Außenhandels mit den anderen Ländern der eurasischen Wirtschaftsunion ähnelt jener mit

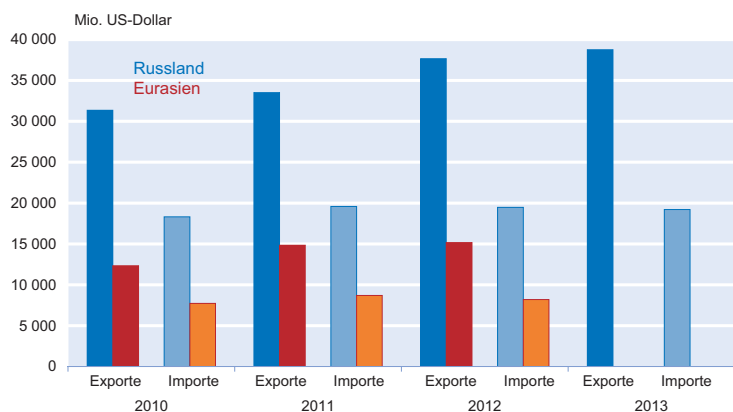
Abb. 4
Sektorale Struktur des Handels der EU mit anderen EAWU-Ländern, 1994 und 2014



Quelle: UN, COMITRADE/CEPII, BACI; Darstellung des ifo Instituts.

Russland (vgl. Abb. 4). Auch hier dominieren importseitig Rohstoffe (66 Mrd. US-Dollar), vor allem Öl und Gas. Die nächste Produktkategorie, Erzeugnisse der Agrar- und Forstwirtschaft, machen im Vergleich dazu nur ca. 5 Mrd. US-Dollar aus. Die Ressourcenlastigkeit der Exporte dieser Region in die EU ist also sehr stark ausgeprägt. Exportseitig ist die EU gut diversifiziert: Auch hier dominieren Maschinen (16 Mrd. US-Dollar) und Chemieprodukte (13 Mrd. US-Dol-

Abb. 5
Dienstleistungsimporte und -exporte der EU 28 mit Russland und den anderen Eurasischen Staaten



Quelle: IWF DoTS; Darstellung des ifo Instituts.

lar). Exporte von Fahrzeugen kommen auf 6 Mrd. US-Dollar, dieser Wert liegt unter jenem von Rohstoffen (ca. 9 Mrd. US-Dollar).

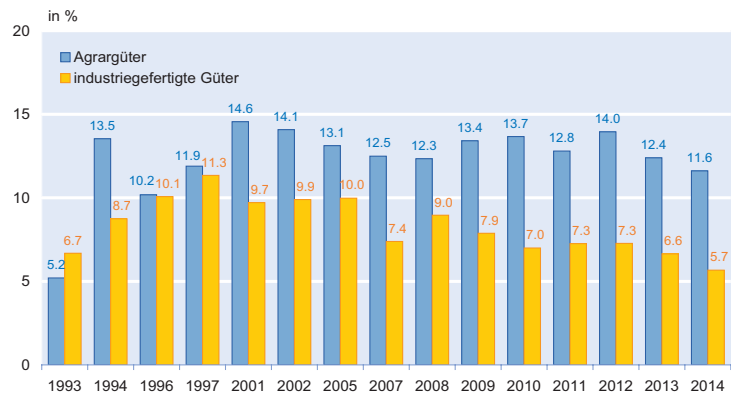
Während die EU im Russlandhandel bei Gütern ein Handelsbilanzdefizit aufweist, hat sie im Dienstleistungsbereich einen Überschuss von ca. 20 Mrd. US-Dollar (Daten von 2013). Auch mit den anderen eurasischen Ländern (vgl. Abb. 5) liegt ein Überschuss vor (ungefähr 7 Mrd. US-Dollar).

Handelsbarrieren: Status quo

Im Vergleich mit den anderen Handelspartnern Europas haben die ehemaligen Staaten der Sowjetunion (GUS) relativ hohe Importzölle. Diese betragen beispielsweise im Fall Russlands für Industriegüter ca. 6%; im Agrarbereich liegen sie in etwa doppelt so hoch. Russland liegt damit im oberen Drittel der in Abbildung 6 dargestellten Länder. Am höchsten sind die Importzölle in Usbekistan, doch vor allem im Bereich der Agrargüter ist der russische Markt zolltechnisch relativ stark abgeschottet. Interessanterweise ist der gewichtete Durchschnittszoll des Nicht-WTO-Mitglieds Weißrussland sowohl bei Industrie- als auch bei Agrargütern deutlich niedriger. Am geringsten sind die Importzölle in Georgien und Armenien, wobei in letzterem durch den inzwischen erfolgten Beitritt zur EAWU die Zölle an die höheren gemeinsamen Außenzölle der eurasischen Zollunion angeglichen wurden.

Abbildung 7 richtet einen ausführlicheren Blick auf das Land, das die EAWU dominiert: Russland. Es zeigt sich, dass sich die handelsgewichteten industriegefertigten Durchschnittszölle von den frühen 1990er Jahren zunächst von 7% auf 11% angestiegen sind, dann aber – im Vorfeld des Beitritts Russlands zur WTO – wieder sanken und im Jahr 2014 mit 6% ein Minimum erreicht haben. Die Zölle im Agrargüterbe-

Abb. 7
Handelsgewichtete Durchschnittszölle Russlands im Zeitablauf



Quelle: WITS-TRAINS; Darstellung des ifo Instituts.

reich haben sich von 5% auf knapp 15% mehr als verdoppelt und bewegen sich weiterhin im zweistelligen Bereich.

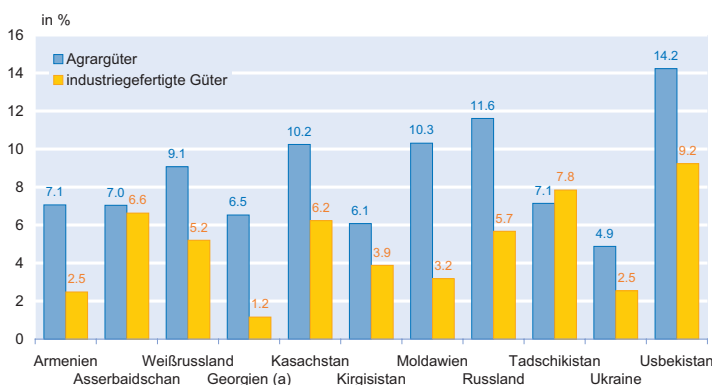
Auch im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse tritt Russland durch relativ hohe Barrieren hervor. Wie in Felbermayr, Aichele und Gröschl (2016) ausführlicher gezeigt wird, ist Russland bei technischen und sanitären bzw. phytosanitären Maßnahmen sehr aktiv. Vor allem in letzterem Bereich – wo Lebensmittel besondere Bedeutung haben – tut sich Russland unruhlich hervor. Seit dem WTO-Beitritt hat es 115 Maßnahmen bei der WTO notifiziert; dadurch sind 105 Güter betroffen (vgl. dazu auch Koch-Mehrin 2013).

Das ifo-Handelsmodell

Das ifo-Handelsmodell, das ausführlich in Aichele, Felbermayr und Heiland (2014) beschrieben wird, ist ein statisches, allgemeines Gleichgewichtsmodell des internationalen Handels, in dem ca. 140 Länder in 57 Güter- und Dienstleistungssektoren miteinander Handel treiben können und in dem die Handelsströme durch Zölle und nicht-tarifäre Barrieren gebremst werden.² Die Sektoren sind national und international durch Zulieferstrukturen verknüpft. Somit bildet das ifo-Simulationsmodell die internationalen Wertschöpfungsketten und die sektoralen Details gut ab.

Das Modell kann mit Hilfe einfacher ökonomischer Gleichungen parametrisiert werden, die aus den Gleichgewichtsbedingungen des Modells resultieren. Zwei industriespezifische Parameter sind hier von beson-

Abb. 6
Handelsgewichtete Durchschnittszölle der GUS-Staaten, 2014



(a) Daten aus 2013. Für Turkmenistan keine Daten vorhanden.
Quelle: WITS-TRAINS; Darstellung des ifo Instituts.

² Die Grundlagen für dieses Mehrsektorenmodell wurden von Caliendo und Parro (2015) entwickelt. Es baut auf der bahnbrechenden Arbeit von Eaton und Kortum (2002) auf. Somit ist das Modell in der New Quantitative Trade Theory verankert; vgl. Costinot und Rodríguez-Clare (2015) für eine Beschreibung dieser Modelltypen.

derer Bedeutung; die Elastizität, mit der Zolländerungen Handelsströme beeinflussen, und der Effekt von nicht-tarifären Handelshemmnissen auf dieselben Ströme. Hierbei wird zwischen Abkommen unterschiedlicher Integrationstiefe unterschieden, die auf den Daten von Dür, Baccini und Elsig (2014) basieren. Diese Aufspaltung der Integrationstiefe erlaubt es, in den Szenarien eine Abschätzung der Wohlfahrts- und Handelseffekte für verschiedene Tiefen der Handelsliberalisierung, d.h. ein unterschiedliches Maß des Abbaus von nicht-tarifären Handelshemmnissen, abzubilden.

Die handelspolitischen Szenarien, die weiter unten im Detail beschrieben werden, basieren auf folgendem Gedankenexperiment: Wenn die EU und die EAWU in der heute beobachteten Welt – kontrafaktisch – ein Freihandelsabkommen hätten, d.h. Zölle eliminieren und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abbauen würden, wie sähen in dieser alternativen Welt die Handelsströme, sektoralen Produktionsstrukturen und die Realeinkommen aus. Dabei wird unterstellt, dass das Ausmaß des Abbaus von nicht-tarifären Handelshemmnissen den Liberalisierungsbemühungen vergangener beobachteter (wenig umfangreicher bzw. tiefgreifender) Freihandelsabkommen folgt. Basisjahr ist das Jahr 2011; also vor den westlichen Sanktionen und dem russischen Embargo.

Die so berechneten Niveaueffekte auf Realeinkommen und Handelsströme sind statischer Natur. Die dynamischen Effekte des Handels – z.B. auf die Innovationstätigkeiten von Unternehmen – bleiben außen vor. Damit weist das Modell untere Grenzen auf. Das bedeutet allerdings nicht, dass die statischen Effekte sofort nach Handelsliberalisierung zur Gänze eintreten. Dies ist besonders im Hinblick auf nicht-tarifäre Barrieren relevant: Die wegfallende regulatorische Kooperation mit der EU wird nur langsam ihre Effekte entfalten. Im Einklang mit der empirischen Literatur (z.B. Jung 2012) dauert die Anpassung etwa zehn bis zwölf Jahre.

Szenarien

Aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der potenziellen Ausgestaltung des Freihandels von Lissabon bis Wladiwostok bietet es sich an, bei der Quantifizierung eines potenziellen Abkommens eine Reihe von Szenarien zu untersuchen. Hier sind einerseits der inhaltliche Umfang eines Freihandelsabkommens und andererseits die Zusammensetzung der Vertragspartner wichtig.

Bezüglich der beteiligten Länder sind folgende Zusammensetzungen denkbar:

- alle EU-Mitgliedsländer und Russland,
- alle EU-Mitgliedsländer und alle Mitglieder der EAWU und
- alle EU-Mitgliedsländer und alle ehemaligen Teilstaaten der Sowjetunion (exkl. baltische Staaten).

Hier werden vor allem Szenarien vorgestellt, in denen unterstellt wird, dass die EU ein Abkommen schließt, das ähnlich tiefgreifend und umfassend ist wie andere moderne Abkommen der EU. Gleichzeitig werden aber auch eine Aufgliederung der Gewinne in einzelne Komponenten gezeigt, so dass erkennbar wird, welche Effekte zu erwarten sind, wenn das Abkommen nur bestimmte Teilbereiche (etwa die Industrie- oder die Agrarbereiche, Zollsenkungen oder tiefgreifende bzw. weniger weitreichende Reformen nicht-tarifärer Handelsbarrieren) umfasst.

Um die handelspolitischen Entwicklungen seit 2011 im Modell abzubilden, werden zunächst die Effekte eines EU-Beitritts Kroatiens simuliert. Ähnlich wird hinsichtlich der Freihandelsabkommen der EU mit Georgien, Moldawien und der Ukraine vorgegangen. Auf Grundlage dieses alternativen simulierten Ausgangsszenarios werden die Effekte der oben diskutierten Freihandelszenarien implementiert.

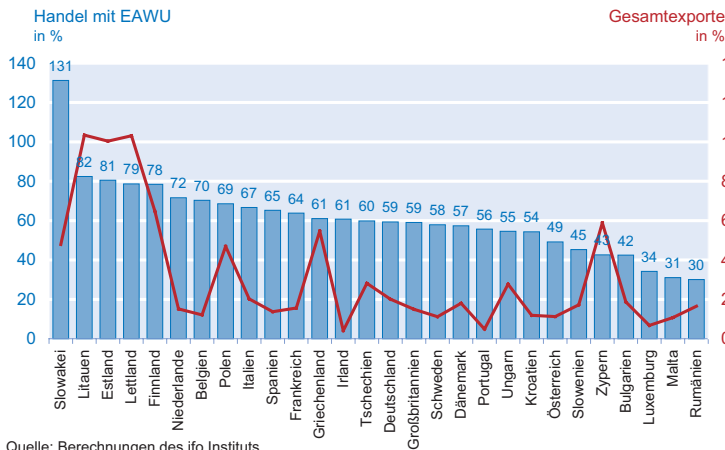
Dies hat Implikationen für die erwarteten Handelsumlenkungseffekte für Georgien, Moldawien und die Ukraine, da der Vorteil eines präferenziellen Zugangs zum EU-Markt abgeschwächt wird, wenn weitere Länder wie Russland einen besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten würden (»Präferenzerosion«).

Handelseffekte

Abbildung 8 zeigt die simulierten Effekte auf die Exporte ausgewählter Länder bzw. Regionen jeweils in die Region der neuen Handelspartner und in den Rest der Welt. So lässt das Modell erwarten, dass ein tiefgreifendes Abkommen der EU mit der EAWU die Exporte Russlands in die EU um ca. 71 Mrd. Euro ansteigen lassen könnte. Das Abkommen würde auch die russischen Exporte in den Rest der Welt beleben, weil die Verfügbarkeit von günstigeren Maschinen und Vorprodukten aus der EU die russische Wettbewerbsfähigkeit insgesamt erhöht und dies auch in den Märkten der Drittstaaten Vorteile bringt. Insgesamt ist mit einem Anstieg der russischen Exporte um ca. 77 Mrd. Euro zu rechnen. Abbildung 9 zeigt (rechte Achse), dass dieser Aufwuchs einen relativen Anstieg der russischen Exporte in die EU um 32% und insgesamt von ca. 19% bringen würde. In der Ausgangssituation entfallen 53% der russischen Exporte auf die EU.

Für Deutschland könnte das Abkommen zu einem Wachstum der Exporte in die EAWU von 31 Mrd. Euro führen; dieser Handelsschaffung stehen allerdings negative Handelsumlenkungseffekte von 9 Mrd. Euro gegenüber. Der Grund ist, dass zusätzliche Exporte Russlands in die EU, z.B. im Bereich von Metallerzeugnissen, deutsche Exporte dorthin verdrängen. Die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOEL), die nicht getrennt aufgeführt werden (Tschechien, Slowakei, Slowenien, Österreich, Ungarn), könnten zusätz-

Abb. 8
Zuwachsraten des Handels durch ein tiefgreifendes EU-EAWU- Abkommen: EU

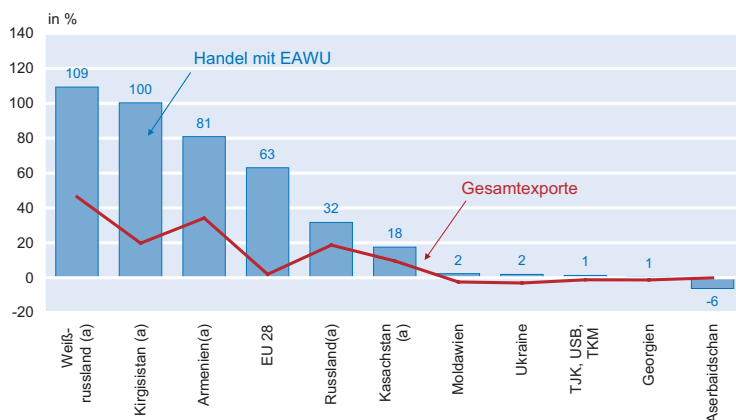


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

liche Exporte von ca. 14 Mrd. Euro in die Staaten der EAWU verbuchen; der negative Handelsumlenkungseffekt würde ungefähr 3 Mrd. Euro betragen. In ähnlichen Größenordnungen verhalten sich die Handelsschaffungs- und Umlenkungseffekte für Italien, Skandinavien (Dänemark, Schweden, Finnland), BENELUX, britische Inseln und Frankreich. Polen, das über eine direkte Grenze mit Staaten der EAWU verfügt, könnte Handelsschaffungseffekte von ca. 8 Mrd. Euro verzeichnen; die Handelsumlenkungseffekte betragen 2 Mrd. Euro. Obwohl es sich bei den baltischen Republiken um sehr kleine Volkswirtschaften handelt, könnten sie aufgrund der großen Nähe zu Russland mit hohen Handelseffekten von fast 5 Mrd. Euro rechnen; die negativen Umlenkungseffekten würden in etwa eine halbe Mrd. Euro betragen.

Abbildung 9 betrachtet die Wachstumsraten der Exporte der von einem EU-EAWU-Vertrag betroffenen Länder. In der EU käme es zu einem Anstieg der Exporte in die ehemaligen Länder der Sowjetunion (ohne Baltikum) von 63%; die Ge-

Abb. 9
Zuwachsraten des Handels durch ein tiefgreifendes EU-EAWU-Abkommen: Ehemalige Sowjetunion



(a) Staaten der EAWU.
 Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

samtexporte (saldierte Handelsschaffungs- und Umlenkungseffekte) würden um 2% zulegen.

Im Vergleich dazu ist das zu erwartende Exportwachstum für Russland etwas geringer (+ 32%), hauptsächlich weil die russischen Exporte in die EU bereits heute sehr nahe am Potenzial liegen und in den betroffenen Exportgütern (Rohstoffe) die Handelsbarrieren Europas relativ gering sind. Weil aber die EU für Russland ein sehr wichtiger Exportmarkt ist (52% der Exporte gehen dorthin), steigen durch ein Abkommen die Gesamtexporte des Landes ganz erheblich (um ca. 19%, siehe die rote Kurve in Abb. 9).

Weißrussland, Kirgisistan und Armenien könnten durch das Abkommen ihre Exporte in die EU nahezu verdoppeln. Für Armenien und Weißrussland, die hohe Anteile ihrer Exporte mit Europa abwickeln, würde das auch zu einer starken Zunahme der Gesamtexporte im Ausmaß von 46% bzw. 34% führen. Das sind sehr hohe Zuwächse, die aufgrund des Abbaus von gegenwärtig hohen Handelsbarrieren resultieren würden.

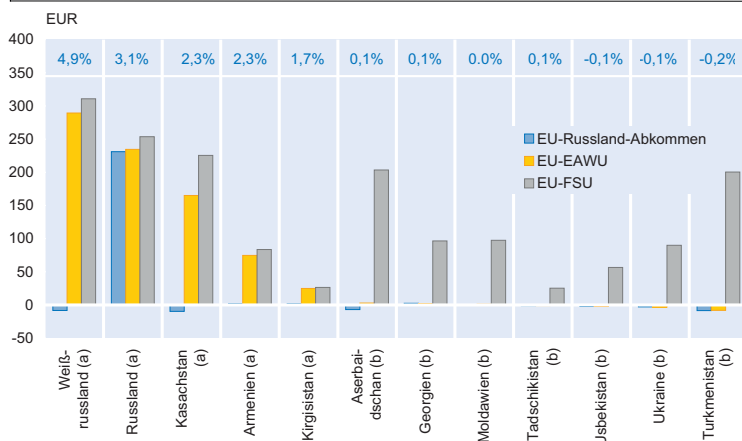
Jene Länder, die nicht Mitglied der EAWU sind, würden von einem Abkommen naturgemäß nur indirekt betroffen sein, da sie einerseits in den teilnehmenden Ländern an relativer Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, andererseits aber auch durch steigende Einkommen und dadurch ausgelöste höhere Nachfrage nach den eigenen Gütern und Dienstleistungen profitieren könnten. Es zeigt sich, dass die Exporte Georgiens, Moldawiens, der zentralasiatischen Länder außerhalb der EAWU und der Ukraine in die EU leicht zulegen, dass die Gesamtexporte aber fallen könnten. Der Grund hierfür ist, dass diese Länder durch einen stärkeren Wettbewerbsdruck in der EU gegenüber den EAWU-Ländern Marktanteile verlieren, gleichzeitig einen Teil dieses Verlustes durch höhere Exporte in die EU aber kompensieren könnten. Der Nettoeffekt ist allerdings negativ. Eine Ausnahme stellt Aserbaidschan dar, dessen Energielieferungen in die EU durch ein Freihandelsabkommen der EU mit der EAWU teilweise verdrängt werden könnten. Durch zusätzliche Exporte in andere Länder kann das Land aber einen Einbruch der Gesamtexporte vermeiden.

Makroökonomische Ergebnisse

Abbildung 10 zeigt die simulierten langfristigen Effekte verschiedener Abkommen auf die realen Pro-Kopf-Einkommen in den Staa-

Abb. 10

Effekte auf die jährlichen Pro-Kopf-Einkommen in der ehemaligen Sowjetunion



(a) Staaten der EAWU. (b) Staaten der ehemaligen Sowjetunion (FSU: former Soviet Union).
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

ten der ehemaligen Sowjetunion. Dabei werden für ein EU-EAWU-Abkommen auch die prozentuellen Zuwachsraten gezeigt.

In diesem Fall wäre das Land mit dem höchsten Vorteil, sowohl in absoluten als auch in relativen Größen betrachtet, Weißrussland. Sein Pro-Kopf-Einkommen würde um beinahe 4,9% bzw. 290 Euro pro Person (bezogen auf das Status-quo-Einkommen des Jahres 2015) steigen. Russland würde sein reales Durchschnittseinkommen um 3,1% steigern können, das sind 235 Euro pro Person. Kasachstan und Armenien könnten ihr Pro-Kopf-Einkommen um jeweils 2,3% steigern, während das verbleibende Mitglied der EAWU, Kirgisistan, einen etwas kleineren relativen Vorteil von 1,7% hätte. In absoluten Zahlen bedeutet dies Einkommensgewinne von 165, 75 und 25 Euro pro Person und Jahr.

Länder, die nicht Mitglied der EAWU sind, haben von einem Abkommen mit der EU nur wenig zu erwarten. Vor allem die zentralasiatischen Ländern würden durch Handelsumlenkungseffekte negativ betroffen sein; die Effekte sind aber klein, sowohl in relativen als auch in absoluten Zahlen. Das Land, das gemäß der Simulation am stärksten negativ betroffen wäre, ist Turkmenistan. Dort belief sich der Verlust im realen Pro-Kopf-Einkommen ca. 8 Euro pro Jahr.

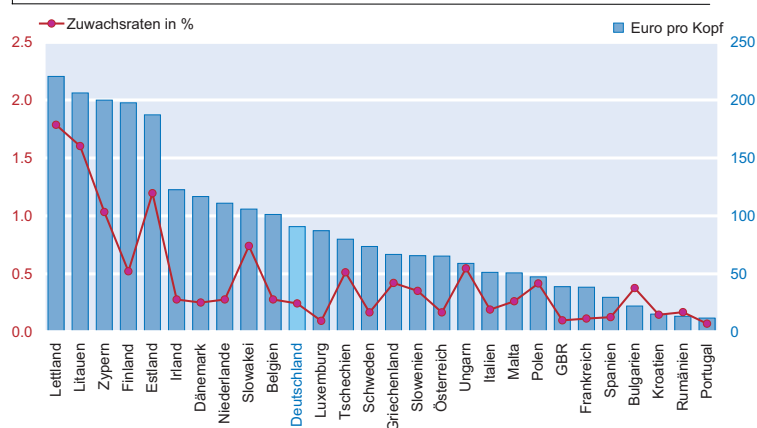
Ebenso würde ein Abkommen nur Russlands mit der EU in den anderen ehemaligen Teilstaaten der Sowjetunion überwiegend kleine negative Effekte im Pro-Kopf-Einkommen hervorrufen. Die Abwesenheit von positiven Mitzieheffekten kommt dadurch zustande, dass die russischen Exporte vor allem im Rohstoffbereich ansteigen würden,

wo es wenig Vorleistungsimporte aus den betroffenen Staaten gibt. Für Russland selbst wäre ein Abkommen mit der EU unter Ausschluss der anderen Mitglieder der EAWU keine Besserstellung; der Pro-Kopf-Einkommensgewinn würde um etwa 3 Euro pro Jahr geringer ausfallen. Für ein Abkommen, das alle ehemaligen Teilstaaten der Sowjetunion einschließen würde, wäre das Gegenteil der Fall. Die Gewinne in Russland lägen dann um etwa 20 Euro pro Kopf und Jahr über jenen eines EU-EAWU-Deals. Der Grund liegt jeweils darin, dass eine Belebung bzw. Dämpfung der Wirtschaft in den anderen Ländern positive Effekte auch auf Russland haben würde, da die Nachfrage nach russischen Exportgütern zunehmen sollte.

Abbildung 11 zeigt die simulierten jährlichen Pro-Kopf-Einkommensgewinne durch ein EU-EAWU-Abkommen für die EU-Mitgliedsländer, wiederum relativ zum Status-quo-Einkommen von 2015 (in %, linke Achse) und in absoluten Werten (in Euro). Das reale Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland würde um etwa 91 Euro zulegen; das ist eine Steigerung um ca. 0,2%. Im Vergleich zu Russland ist das ein deutlich kleinerer Wert: Die EAWU ist für Deutschland ein vergleichsweise unwichtiger Markt, während die EU für Russland potenziell ein extrem wichtiger Markt ist. Vergleicht man die Zuwachsrate von 0,2% mit prognostizierten Gewinnen Deutschlands aus anderen Abkommen – etwa aus TTIP, für das mit Hilfe desselben Simulationsmodells Effekte von 0,6% berechnet werden –, dann scheint der Effekt jedenfalls nicht vernachlässigbar. Außerdem muss man sich vergegenwärtigen, dass die Gewinne jährlich anfallen: In Preisen des Jahres 2015 würden in der Zukunft weitere jährliche Gewinne durch eine EU-EAWU-Partnerschaft anfallen. Unter Zugrundelegung eines kalkulatori-

Abb. 11

Effekte eines tiefgreifenden EU-EAWU-Abkommens auf die realen Pro-Kopf-Einkommen in der EU



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

schen Zinssatzes entstünde so ein Gegenwartwert des Einkommensvorteils von fast 2 300 Euro (nach voller Implementierung des Abkommens).

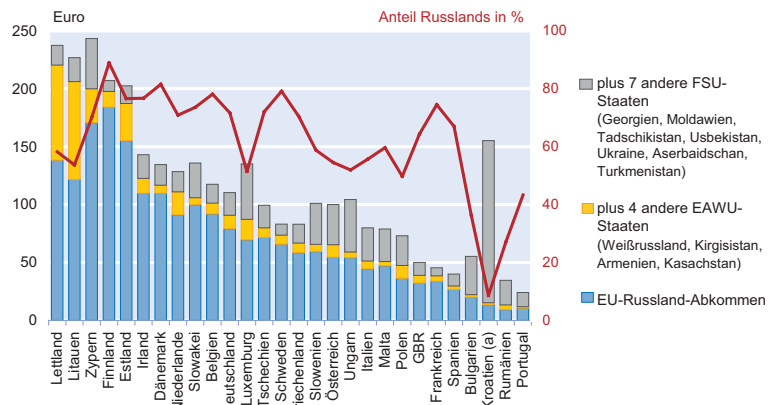
Deutschland ist aber nicht der wichtigste Profiteur eines EU-EAWU-Abkommens. Andere EU-Mitglieder würden aufgrund ihrer Nähe zu Russland und der daraus folgenden relativen Bedeutung des russischen Marktes weitaus stärkere Vorteile ziehen. Hier sind zu allererst die baltischen Republiken zu nennen: Lettland, Litauen und Estland würden reale Einkommensgewinne pro Kopf und Jahr von 220, 206 und 187 Euro erzielen. Das sind 1,8%, 1,6% und 1,2% des Statusquo-Einkommens. Aus ähnlichen Gründen würden auch Finnland und Zypern deutlich überdurchschnittlich profitieren, wobei die prozentuellen Zuwachsraten allerdings geringer sind als im Baltikum, weil die Einkommensniveaus deutlich höher sind. Unter den alten EU-Mitgliedstaaten würde das Abkommen in Irland, Dänemark, den Niederlanden und Belgien höhere absolute Einkommensgewinne zeigen als in Deutschland. Die relativen Zuwachsraten sind allerdings sehr vergleichbar. Höhere Wachstumsimpulse entstehen für neue EU-Mitgliedsländer wie die Slowakei (0,7%), Tschechien (0,5%), Ungarn (0,5%), Polen (0,4%) und Bulgarien (0,4%). Griechenland ist ähnlich wie Zypern aufgrund seiner kulturellen Nähe zu Russland und des daher traditionell relativ bedeutenden Handels mit dem Land stärker positiv betroffen (0,4%, bzw. 67 Euro pro Kopf und Jahr).

Für eine ganze Reihe von EU-Mitgliedstaaten, die traditionell wenig Handel mit Russland treiben, ist ein EU-EAWU-Abkommen nur von geringer wirtschaftlicher Bedeutung. So liegen die simulierten Zuwachsraten in Großbritannien, Frankreich und Spanien bei ca. 0,1%; in Italien liegen sie allerdings auf deutschem Niveau (0,2%). Interessanterweise haben auch osteuropäische Länder wie Kroatien oder Rumänien nur mit sehr bescheidenen prozentuellen und absoluten Zuwächsen zu rechnen. Dies liegt im Fehlen klarer komparativer Vorteile.

Abbildung 12 weitet die Perspektive auf andere mögliche Abkommen aus und betrachtet neben dem EU-EAWU-Abkommen auch einen Handelsvertrag der EU mit allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (EU-FSU) und eine Partnerschaft nur mit Russland. Es gilt ausnahmslos, dass die Gewinne aus einem EU-FSU-Freihandelsvertrag höher sind als aus EU-EAWU. Letzteres Abkommen ist wiederum deutlich vorteilhafter als ein Deal nur mit Russland. Für Deutschland gilt z.B., dass eine Ausweitung des Handelsabkommens auf jene sieben Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die nicht Mitglieder der EAWU sind, einen zusätzlichen Gewinn von knapp 20 Euro führen würde; ein

Abb. 12

Effekte auf das reale Pro-Kopf-Einkommen in der EU bei unterschiedlichen Abkommen und der Anteil Russlands



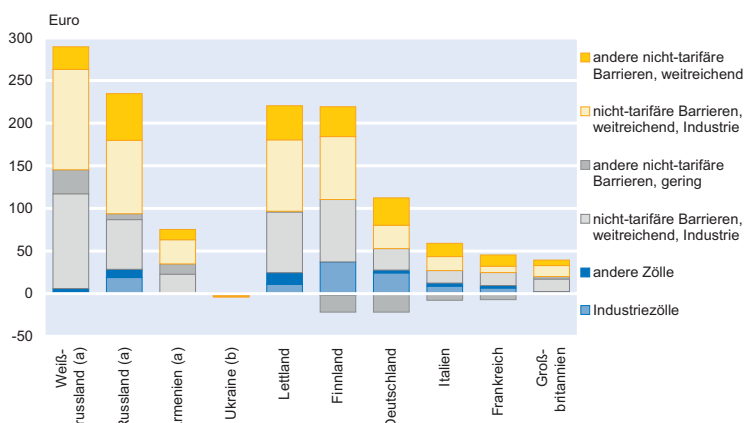
(a) Kroatien ist als Ausreisser zu betrachten.
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abkommen nur mit Russland würde den Gewinn um 12 Euro niedriger ausfallen lassen. 72% des Maximal-effektes wäre in Deutschland durch ein Abkommen mit Russland erzielbar.

Vor allem im Baltikum ist es wichtig, Weißrussland mit in einer Vereinbarung zu haben. In Lettland und Litauen sind mehr als 80 Euro des Wohlfahrtsgewinnes der EAWU auf andere Länder als Russland zurückzuführen. Für Luxemburg, Slowenien, Österreich, Ungarn, Rumänien und vor allem für Kroatien sind die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken relativ wichtig. Im Fall Kroatiens ist dies kaum nachzuvollziehen und könnte an Sonderfaktoren liegen, die im Basisjahr (2011) zu Buche schlagen. Die anderen Staaten haben relativ viel Handel mit den sieben Ländern.

Abbildung 13 zeigt die Ergebnisse einer Zerlegung des Pro-Kopf-Einkommenseffekts eines EU-EAWU-Abkommens in einzelne handelspolitische Maßnahmen für ausgewählte Länder. Für Deutschland ergibt sich, dass mehr als 30% des insgesamt anfallenden Gesamteinkommenszuwachses von 91 Euro pro Kopf und Jahr allein auf die Eliminierung der Zölle zurückzuführen wäre, der absolute Löwenanteil entfiel hierbei auf Industriezölle (24 Euro); Agrarzölle würden hingegen nur einen marginalen Beitrag leisten (3 Euro). Auch für Italien und Frankreich spielen Zölle eine erhebliche Rolle (jeweils ca. ein Viertel des Gesamteffekts), wobei hier auch die Agrarzölle mehr Gewicht haben: Ihr Anteil liegt dort mit 7,8% am Gesamteffekt mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. In Großbritannien und Finnland hingegen würde eine Abschaffung der Agrarzölle weniger Realeinkommenszuwachs generieren, als Zolleinnahmen wegbrechen, so dass unter dem Strich ein zwar kleiner, aber negativer Beitrag zum (positiven) Gesamteffekt einer EU-EAWU-Freihandelszone entsteht. Für Russland ist die Bedeutung der Eliminierung der Zollbarrieren kleiner (12% des Gesamteffektes), für Weißrussland geht sie gegen null.

Abb. 13
Zerlegung der Pro-Kopf-Einkommenseffekte eines EU-EAWU-Abkommens



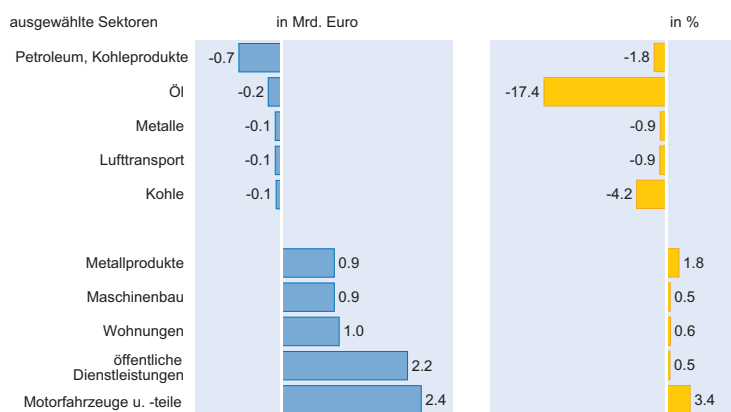
(a) Staaten der EAWU. (b) Staaten der ehemaligen Sowjetunion (FSU: former Soviet Union).
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

In allen betrachteten Ländern ergibt sich der Großteil des Wohlfahrtsgewinnes aus der Absenkung nicht-tarifärer Handelsbarrieren im Industriebereich. In Russland und Deutschland liegt ihr Anteil bei jeweils ca. 61%; davon entfällt in etwa die Hälfte auf tiefgreifende Maßnahmen, wie sie nur in umfassenden Handelsabkommen beobachtet werden können. Im Vergleich dazu ist der Abbau nicht-tarifärer Barrieren im Agrar- und Dienstleistungsbereich weniger wichtig. In Deutschland trägt dieser besonders wenig bei (12% des Gesamteffektes). In Frankreich (Agrarhandel) und Großbritannien (Dienstleistungen) ist der Anteil höher und liegt bei 16% bzw. 24%. Am höchsten ist er in Armenien (32%); dort ist eine sehr deutliche Belebung des Tourismus möglich.

Sektorale Effekte

Im letzten Schritt werden die Effekte auf sektoraler Ebene betrachtet, und zwar jeweils die fünf Sektoren mit den

Abb. 14
Veränderung der sektoralen Wertschöpfung durch ein tiefgreifendes EU-EAWU-Abkommen in Deutschland



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

stärksten positiven und die fünf Sektoren mit den stärksten negativen Wertschöpfungseffekten. Zugrunde gelegt wird wieder eine tiefgreifende EU-EAWU-Vereinbarung; wir konzentrieren uns aber aus Platzgründen auf Deutschland und Russland.

Der Sektor mit den höchsten Zuwachsraten der Wertschöpfung in Deutschland wäre der Kfz-Sektor, der um 3,4% bzw. 2,4 Mrd. Euro wachsen könnte (vgl. Abb. 14). Dieser Wert macht ca. ein Drittel des gesamten Nettowertschöpfungszuwachses in Deutschland aus. Relativ hohe Zuwächse sind auch bei Metallprodukten (+ 1,8%) und im Maschinenbau (+ 0,5%) zu erwarten. Interessanterweise würden auch Dienstleistungsbranchen, allen voran öffentliche Dienstleistungen

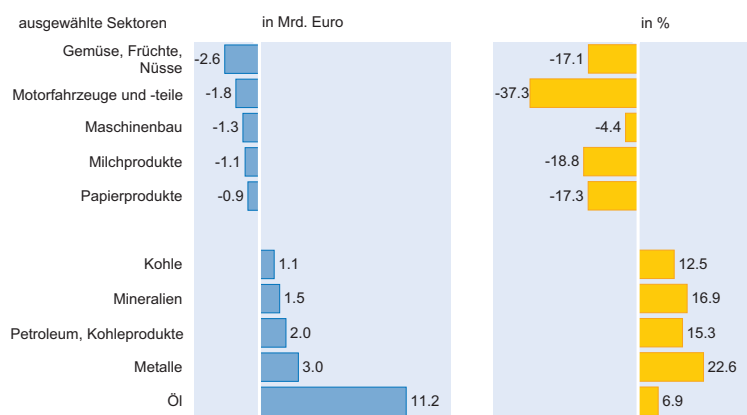
und der Immobiliensektor, profitieren. Diese Bereiche sind zwar direkt durch das Abkommen kaum betroffen; indirekt profitieren sie aber durch eine Zunahme der wirtschaftlichen Gesamtnachfrage und durch günstigere Vorprodukte (z.B. würde das Abkommen eine Reduktion der Preise von Baumaterialien bringen).

Die Verluste wären in rohstoffgewinnenden Sektoren konzentriert. Hier sind Öl und Kohle zu nennen, und vor allem Raffinerien. Dieser Sektor könnte durch das Abkommen ca. 0,7 Mrd. an Wertschöpfung verlieren, da Importe von raffinierten Erdölprodukten aus Russland günstiger würden. Bei Metallen und im Lufttransportsektor könnte es ebenfalls zu geringfügigen Wertschöpfungseinbußen in Deutschland kommen, die relativen Veränderungen wären aber jeweils geringer als 1%.

Die Wertschöpfungsgewinne Russlands konzentrieren sich auf den Rohstoffbereich; vor allem auf Energieprodukte. Das Abkommen würde aber nicht nur den Handel mit Öl, Gas und Kohle selbst erleichtern, sondern auch mit Raffinerieprodukten, in denen weitere Wertschöpfungspotenziale stecken. So ist der Zuwachs im ölfördernden Sektor zu mehr als der Hälfte nicht auf zusätzliche direkte Ölexporte nach Europa zurückzuführen, sondern auf höhere Zulieferungen in den Sektor der Petroleumprodukte, der wiederum stärker in die EU exportiert. Auch Bergbauprodukte wie Metalle oder Mineralien würden durch einen Abbau bürokratischer Barrieren profitieren.

In Russland stehen Sektoren auf der Verliererseite, in denen das Land keinen komparativen Vorteil hat. Dies sind bestimmte Lebensmittel wie Gemüse und Früchte oder Milchprodukte. Hier sind zweistellige Verlust-

Abb. 15

Veränderung der sektoralen Wertschöpfung durch ein tiefgreifendes EU-EAWU-Abkommen in Russland

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

raten möglich. Auch der Kfz-Sektor könnte erheblich unter Druck geraten; die Modellsimulationen ergeben für ein tiefgreifendes Abkommen einen Wertschöpfungsverlust von 37% (vgl. Abb. 15). Dieser hohe Effekt ist durch relativ hohe protektionistische Barrieren Russlands, die in einem EU-EAWU-Abkommen beseitigt würden, zu erklären. Auch der Maschinenbau könnte – wenngleich auch in geringerem Ausmaß – Schaden nehmen, wobei der prozentuelle Rückgang mit 4% im Rahmen bleiben würde.

Zusammenfassung

Russland und die anderen Länder der ehemaligen Sowjetunion könnten interessante Partner für eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU sein. Die EU sollte an einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft größtes Interesse haben. Außerdem verspricht die komplementäre Spezialisierungsstruktur dieser Länder substantielle wirtschaftliche Vorteile auch für die EU.

Die Importe Europas aus den Ländern der eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) sind extrem auf Rohstoffe wie Gas, Erdöl und Metalle konzentriert. Rohstoffe machen ca. 80% der Exporte in die EU aus. Auf der Importseite dominieren Maschinen und Chemieprodukte. Der Dienstleistungshandel ist sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite unterentwickelt.

Die Handelsbarrieren mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sind relativ hoch. Bei Agrarerzeugnissen liegen die Durchschnittszölle konsistent über 10%; im Industriebereich liegen sie im Durchschnitt bei etwa 5%. Die nicht-tarifären Handelsbarrieren sind beträchtlich, was durch eine erhebliche Anzahl von Streitfällen bei technischen Handelsbarrieren und im sanitären/phytosanitären Bereich belegt

ist. Diese Situation ist durch die gegenwärtigen Sanktionen im Gefolge der Annexion der Krim durch Russland weiter verschärft worden.

Das Potenzial für zusätzlichen Handel an Gütern und Dienstleistungen zwischen der EAWU und der EU ist erheblich. Durch ein ambitioniertes Abkommen könnten die russischen Exporte in die EU um 32% im Vergleich zum Status quo von 2011 zunehmen; jene Armeniens um mehr als 80%; die Exporte Weißrusslands und Kirgisistan können sich verdoppeln.

Die Exporte der EU in die Staaten der EAWU könnten sich durch ein ambitioniertes Abkommen um mehr als 60% im Vergleich zum Status quo von 2011 erhöhen. Das Poten-

zial ist in den baltischen Republiken, in der Slowakei, Finnland und Polen am höchsten. Aber auch die deutschen Exporte könnten um bis zu 59% steigen.

Wird nicht nur mit den EAWU-Staaten, sondern mit allen Nachfolgestaaten der UdSSR, die nicht Mitglieder der EU sind, ein ambitioniertes Freihandelsabkommen geschlossen, so könnten die Exporte der EU im Vergleich zum Status quo von 2011 um 74% ansteigen.

In Russland würden vor allem Rohstoffindustrien von einem Abkommen profitieren; allen voran die Erdölwirtschaft. Aber auch der Sektor der Metallprodukte würde gestärkt. Auf der Verliererseite würden sich Obst und Gemüse und auch der Kfz-Sektor finden. Europa könnte mit Hilfe eines Abkommens mit der EAWU landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lebensmittel sowie Kfz leichter in die Staaten der ehemaligen UdSSR exportieren.

Russland könnte durch ein Abkommen der EAWU mit der EU sein Realeinkommen um 3,1% bzw. 34 Mrd. Euro steigern. Weißrussland würde prozentuell noch stärker profitieren (+ 4,9%), auch in Armenien (+ 2,3%), Kirgisistan (+ 2,3%) und Kasachstan (1,7%) sind spürbare Effekte zu erwarten. Die ehemaligen Teilrepubliken der UdSSR, die nicht Mitglieder der EAWU sind, würden hingegen leicht verlieren. Turkmenistan wäre am stärksten betroffen mit einem Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens um ca. 8 Euro pro Jahr.

In Europa würden vor allem die baltischen Republiken von einem Abkommen profitieren. Ihre Pro-Kopf-Einkommen könnten um 1,2% bis 1,8% zulegen; das sind etwa 200 Euro pro Kopf und Jahr. Etwa 60% dieser Gewinne sind auf Russland zurückzuführen; der Rest ergibt sich hauptsächlich aus vertieftem Handel mit Weißrussland. Wird das Abkommen auf die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ausgedehnt, so steigen die Vorteile geringfügig an.

Die EU würde durch ein ambitioniertes Abkommen mit der EAWU das Realeinkommen um ca. 30 Mrd. Euro steigern; kämen die anderen Staaten der ehemaligen UdSSR hinzu, stiege der Vorteil auf etwa 40 Mrd. Euro. Deutschland könnte mit einem Einkommenszuwachs von 7 bzw. 9 Mrd. Euro rechnen. Das sind 90 bzw. 110 Euro pro Kopf und Jahr.

Für Russland wäre ein Abkommen, das nur die Zölle eliminiert, fast 30 Euro pro Einwohner wert. Ein ähnlicher Wert wäre in Deutschland zu erwarten. Würden auch noch die nicht-tarifäre Barrieren in allen Sektoren abgebaut, so wie das in anderen Abkommen möglich war, könnten die Vorteile in Russland auf 151 bis 290 Euro pro Person und Jahr ansteigen, je nachdem, wie ambitioniert vorgegangen wird. In Deutschland würden die Gewinne auf 59 bis 91 Euro steigen.

Die Vorteile aus einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und den ehemaligen Sowjetrepubliken sind nicht von der Hand zu weisen. Sie sind für Russland deutlich größer als für die EU und könnten erheblich zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung in der Region beitragen. Die Aussicht auf eine ambitionierte und ernstgemeinte wirtschaftliche Integration mit Europa, die nicht zum Ziel hat, Russlands eurasische Zollunion unmöglich zu machen, sollte zu einem Teil der Osteuropapolitik der EU und Deutschlands werden.

Literatur

Aichele, R., G. Felbermayr und I. Heiland (2014), »Going Deep: The Trade and Welfare Effects of TTIP«, CESifo Working Paper Nr. 5150.

Brenton, P., N. Tourdyeva und J. Whalley (1997), »The potential trade effects of an FTA between the EU and Russia«, *Weltwirtschaftliches Archiv* 133(2), 205–225.

Caliendo, L. und F. Parro (2015), »Estimates of the Trade and Welfare Effects of NAFTA«, *Review of Economic Studies* 82(1), 1–44.

Costinot, A. und A. Rodriguez-Clare (2014), »Trade Theory with Numbers: Quantifying the Consequences of Globalization«, in: G. Gopinath, E. Helpman und K. Rogoff (Hrsg.), *Handbook of International Economics*, Bd. 4, North Holland, Amsterdam, Kap. 4.

Dür, A., L. Baccini und M. Elsig (2014), »The Design of International Trade Agreements: Introducing a New Database«, *Review of International Organizations* 9(3), 353–375.

Eaton, J. und S. Kortum (2002), »Technology, Geography, and Trade«, *Econometrica* 70(5), 1741–1779.

Felbermayr, G., R. Aichele und J. Gröschl (2016), *Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok: Wem nutzt, wem schadet ein eurasisches Handelsabkommen?*. Studie für die Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/freihandel-von-lissabon-bis-wladiwostok/>.

Jung, B. (2012), »Gradualism and Dynamic Trade Adjustment: Revisiting the Pro-trade Effect of Free Trade Agreements«, *Economics Letters* 115, 63–66.

Koch-Mehrin, S. (2013), »Negative Weltrekorde Nach dem WTO-Beitritt: EU verärgert über neuen Protektionismus«, *Ost-West Contact* (1), verfügbar unter: <http://www.koch-mehrin.de/beitrag-zum-neuen-protektionismus-nach-dem-wto-beitritt-russlands/#sthash.nHU2IVIM.dpuf>.